

Kreisrat kritisiert Ermittlungen gegen sich

Müllerschön schreibt offenen Brief an OB Himmelsbach

Von unserem Redakteur
Reto Bosch

REGION Der Linken-Kreisrat Johannes Müllerschön sieht sich zu Unrecht polizeilichen Ermittlungen wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz ausgesetzt. In einem offenen Brief an Helmut Himmelsbach bittet er den Heilbronner OB darum, „die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Ermittlungen beendet werden können“. Der Verein Zabergäu pro Stadtbahn hatte bei der Einweihung der Stadtbahn Nord im Dezember für die Zabergäubahn demonstriert, obwohl die Stadtverwaltung eine solche Aktion nicht genehmigt hatte. Müllerschön macht die Stadt für die Ermittlungen verantwortlich. Die Polizei wiederum erklärt auf *Stimme*-Nachfrage, selbst aktiv geworden zu sein.

Infostand Johannes Müllerschön erklärt, dass der Verein einen Infostand vor der Harmonie angemeldet hatte. Dies lehnte die Stadt ab. „Wir wollten, dass die Einweihung der neuen Strecke und nicht die Kritik an den Stadtbahnplanungen insgesamt im Mittelpunkt steht“, sagt Pressesprecher Christian Britzke der *Stimme*. Trotzdem nahmen Müllerschön und andere Vereinsmitglieder teil. „Dabei wurden auch Plakate und ein Transparent gezeigt“, schreibt der Kreisrat. Ein „Versammlungsleiter der Stadt“ habe daraufhin die Polizei die Personalien Müllerschöns aufnehmen lassen. „Jetzt erfuhr ich durch einen Anruf eines Polizeibeamten, dass gegen mich Ermittlungen auf Antrag der

Stadt Heilbronn angestellt würden“, erklärt der Linken-Politiker. „Falls die Stadt Anzeige erstattet, würde ich das politisch eher als Affront des Oberzentrums gegen den ländlichen Raum sehen.“ Eine Ordnungswidrigkeit jedenfalls liege nicht vor.

Anzeige Christian Britzke versichert dagegen: „Uns hat die Aktion zwar nicht gefallen. Wir haben aber keine Anzeige erstattet.“ Diese Aussage stützt Rainer Ott, Sprecher des Polizeipräsidiums Heilbronn. Er betont, dass die Polizei von sich aus aktiv geworden sei. Die Aktion der Vereinsmitglieder sei genehmigungspflichtig gewesen, was die Stadt aber abgelehnt hatte. Deshalb seien die Ermittlungen eingeleitet worden. Ott geht davon aus, dass die Polizei der Staatsanwaltschaft eine entsprechende Anzeige vorlegen wird.

Kommentar „Routine“

Kommentar



Johannes Müllerschön versucht, die Ermittlungen gegen ihn zu politisieren.

Von Reto Bosch

Routine

Die Heilbronner Verwaltung hat es dem Verein „Zabergäu pro Stadtbahn“ nicht erlaubt, einen Infostand für die Zabergäubahn aufzubauen. Dafür mag es Argumente geben, dennoch war diese Entscheidung ein Fehler. Warum darf bei der Einweihung einer Stadtbahnstrecke nicht für eine andere geworben werden? Die Festgesellschaft hätte dies sicher verkraftet. Weil der Verein trotzdem Transparente aufgespannt hatte, wird nun gegen Johannes Müllerschön wegen eines Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz ermittelt – was im Übrigen kein Grund ist, den Kommunalpolitiker zu kriminalisieren.

Der Linken-Kreisrat versucht nun, den Ermittlungen gegen sich eine politische Dimension zu geben. Mal wieder. Der Offenauer wittert häufig Benachteiligungen, schreckt aber selbst vor Populismus nicht zurück. Etwa dann, wenn er im Kreistag eine Kommunalisierung der Müllabfuhr fordert, obwohl er genau weiß, dass das Vergabeverfahren schon läuft. Aktuell versteigt er sich gar zu der Aussage: „Falls die Stadt Heilbronn in diesem Falle Anzeige erstattet, würde ich das politisch eher als Affront des Oberzentrums gegen den ländlichen Raum sehen.“ Johannes Müllerschön sollte sich nicht ganz so wichtig nehmen. Zumal die Auskunft der Polizei die Stadtverwaltung aus der Schusslinie nimmt. Der Linke hat die Entscheidung der Stadt ignoriert, die Polizei leitet daraufhin Ermittlungen ein. Das klingt nach Rechtsstaats-Routine und nicht nach „juristischen Kinkerlitzchen“, wie es Müllerschön in seinem Brief an den Oberbürgermeister formuliert.